

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
50. Rat 2014-2020
Sitzungsdatum:
08.10.2020

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 08.10.2020

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:20 Uhr im Pädagogischen Zentrum der Stadt Übach-Palenberg, Comeniusstr. 16-18 der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2020
2. Verzicht auf Aufstellung eines Gesamtabchlusses zum 31.12.2019
3. Fortschreibung Brandschutzbedarfsplan
4. Bebauungsplan Nr. 17 - Geilenkirchener Straße - 1. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
5. Bebauungsplan Nr. 121 - Drinhausen-Süd - 1.Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden
und Anordnung der öffentlichen Auslegung
6. Bebauungsplan Nr. 122 - Mariental - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
7. Bebauungsplan Nr. 127 - Otto-von-Hubach-Straße - im beschleunigten Verfahren
gemäß § 13 b BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht- im beschleunigten
Verfahren gemäß § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
9. Ergänzungssatzung Wohnanlage Wurmtalstraße
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
10. Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem "Investitionspakt zur Förderung
von Sportstätten"
11. Bericht über gesponserte Aktivitäten in Übach-Palenberg im Haushaltsjahr 2019

- 12. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 12.1 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 28.09.2020 betr. Räumlichkeiten von "Übach-Palenberg Hand in Hand - Flüchtlingshilfeverein e. V."
- 13. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 14. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 15. Vertragsangelegenheiten
 - 15.1 Erschließungsvertrag BP Nr. 122, Mariental
 - 15.2 Erschließungsvertrag BP Nr. 129, Hovergracht
 - 15.3 Erschließungsvertrag Ergänzungssatzung Wohnanlage Wurmtalstraße
 - 15.4 Städtebaulicher Vertrag zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der Thomas Philipps Grundbesitz GmbH & Co. KG
- 16. Personalangelegenheit
 - 16.1 Ernennung eines städtischen Beamten
- 17. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 18. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 18.1 Bebauungsplan Nr. 121 - Drinhausen-Süd- 1. Änderung
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
 - 18.2 Bebauungsplan Nr. 122 - Mariental -
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung
 - 18.3 Bebauungsplan Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung
 - 18.4 Ergänzungssatzung Wohnanlage Wurmtalstraße
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung
 - 18.5 Bericht über gesponserte Aktivitäten in Übach-Palenberg im Haushaltsjahr 2019

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Herr Wolfgang Bien	UWG

Herr Sven Bildhauer SPD
Herr Tim Böven SPD
Frau Claudia Burghardt SPD
Herr Dr. Sascha Derichs SPD

ab Abstimmung zu TOP 5 Nr. 3, Abwägungsvorschlag Nr. 14 (18.44 Uhr)

Herr Herbert Fibus SPD
Herr Josef Fröschen CDU
Herr Peter Fröschen CDU
Herr Paul Josef Gerschel SPD

abwesend ab Abstimmung zu TOP 8 Nr. 2, Abwägungsvorschlag Nr. 9 bis Ende der Abstimmungen zu Nr. 3 (19.27 bis 19.31 Uhr)

Herr Herbert Görtz CDU
Herr Gerhard Gudduschat CDU
Herr Wolfgang Gudduschat FDP-USPD
Herr Walter Junker CDU
Herr Lars Kohnen CDU
Herr Robert Kohnen CDU
Herr Rene Langa CDU
Herr Dietmar Lux CDU
Herr Herbert Mlaker FDP-USPD
Herr Johannes Nievelstein CDU
Herr Hans-Georg Overländer SPD
Herr Alf Ingo Pickartz SPD
Herr Wolf-Sören Radtke CDU

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung (20.20 Uhr)

Herr Rainer Reißmayer B'90/Die Grünen
Herr Heinrich Schmalen SPD
Herr Gerd Streichert SPD
Herr Oliver Walther CDU
Frau Corinna Weinhold UWG
Herr Artur Wörthmann CDU
Herr Hubert Wynands CDU

ab Abstimmung zu TOP 5 Nr. 5 (18.46 Uhr)
ab TOP 6 (18.48 Uhr)

Abwesende Stadtverordnete

Herr Bernhard Brade CDU
Herr Frank Kozian B'90/Die Grünen

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen
Herr Stadtamtsrat Thomas de Jong
Frau Stadtamtsrätin Maike Heinen
Herr Verwaltungsangestellter Thomas Lohren
Frau Technische Angestellte Laura Pierotti
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder

bis Ende TOP 15.4

bis Ende TOP 15.4
bis Ende TOP 15.4

Schriftführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Feiter

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Vertreterin der Presse und die Zuschauer.

Weiterhin verwies er auf die vorgeschlagene Erweiterung der Tagesordnung und ließ hierüber abstimmen:

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um den Punkt 12.1 „Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 Gescho vom 28.09.2020 betr. Räumlichkeiten von "Übach-Palenberg Hand in Hand - Flüchtlingshilfeverein e. V." erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich gem. § 40 Absatz 2 Satz 6 GO bei Nr. 1 nicht an der Abstimmung.

Die **SPD-Fraktion** beantragte die Vertagung des Tagesordnungspunktes 16.1 „Ernennung eines Beamten“. Gleichzeitig beantragte sie geheime Abstimmung für den Vertagungsantrag.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass es sich bei Tagesordnungspunkt 16.1 um ein Verfahren gem. § 73 Abs. 3 GO NRW handle. Die Rechtsauffassung der Verwaltung gehe in Übereinstimmung mit dem Städte- und Gemeindebund NRW davon aus, dass im vorliegenden Falle einer Vertagung die Entscheidungsbefugnis über die Beförderung in die alleinige Zuständigkeit des Bürgermeisters übergehe.

Auf Antrag der **SPD-Fraktion** unterbrach **Bürgermeister Jungnitsch** die Sitzung für 5 Minuten.

Anschließend erklärte die **SPD-Fraktion**, dass sie ihren Vertagungsantrag vorerst zurückziehe. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung werde sie hierzu weitere Ausführungen machen.

Die **FDP-USPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung acht Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2020**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 27.08.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Verzicht auf Aufstellung eines Gesamtabchlusses zum 31.12.2019**

Beschluss:

1. Auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2019 wird gem. § 116a GO n.F verzichtet.
2. Der hierdurch gem. § 116a Abs. 3 GO n.F. notwendige Beteiligungsbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3. **Fortschreibung Brandschutzbedarfsplan**

Beschluss:

Die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. **Bebauungsplan Nr. 17 - Geilenkirchener Straße - 1. Änderung gem. § 13 a BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Beschluss:

1. Der Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 17 - Geilenkirchener Straße - wird gefasst.

Umfang der Änderungen:
Veränderung der Baugrenzen

Betroffene Flurstücke:
Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 63, Flurstücke Flurstücksnummern 2455, 2456

2. Der Entwurf der 1. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 17 - Geilenkirchener Straße - wird beschlossen.
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

5. **Bebauungsplan Nr. 121 - Drinhausen-Süd - 1.Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung**
-

Beschluss:

1. Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 121 Drinhausen-Süd wird angepasst. Der öffentliche Weg Flur 61, Flurstück 43 wird in den Geltungsbereich als Ausgleichsfläche einbezogen.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Über die von der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
4. Der Planentwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 121 – Drinhausen-Süd - wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
5. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 121 – Drinhausen-Süd - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Nummer 2 und 3 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend den Abwägungsvorschlägen in den Abwägungstabellen jeweils einzeln abgestimmt)

**6. Bebauungsplan Nr. 122 - Mariental - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Die Stadtverordneten **Böven** und **Dr. Derichs** erklärten sich für befangen und stimmten insoweit nicht mit.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, sie werde gegen die vorliegende Beschlussempfehlung stimmen, da keine ökologische Gestaltungssatzung für dieses Baugebiet vorgesehen sei.

Beschluss:

- 1. Über die von der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 3. Der Bebauungsplan Nr. 122 – Mariental - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 b BauGB wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:

**zu 1: 19 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen**

zu 2: jeweils einstimmig

(über die eingegangenen Stellungnahmen wurde entsprechend den Abwägungsvorschlägen in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt)

**zu 3: 19 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen**

**7. Bebauungsplan Nr. 127 - Otto-von-Hubach-Straße - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** verwies auf ihre Ausführungen im Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung und stellte den Antrag, aus ökologischen Gesichtspunkten den Bau einer Photovoltaikanlage für den jeweiligen Bauherrn als verpflichtend festzulegen. Kleine Anlagen können bereits ab 5.000 € errichtet werden.

Die **CDU-Fraktion** sprach sich gegen den Antrag aus, da sie den Bauherren, die vermutlich auch junge Familien sein werden, keine zusätzlichen Kosten verpflichtend auferlegen wolle. Hier solle man lieber auf die Freiwilligkeit der Bauherren setzen.

Die **SPD-Fraktion** sprach sich für den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen aus, weil man hiermit den Ansatz einer vernünftigen Klimapolitik verfolgen würde.

Die **Verwaltung** wies darauf hin, dass eine solche Änderung zum jetzigen Verfahrenszeitpunkt zu einer erneuten öffentlichen Auslegung führe.

Auf Antrag der **SPD-Fraktion** unterbrach **Bürgermeister Jungnitsch** die Sitzung für 3 Minuten.

Anschließend stellte **Bürgermeister Jungnitsch** den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Abstimmung.

Antrag:

Der Bau einer Photovoltaikanlage für den jeweiligen Bauherrn wird als verpflichtend festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen

19 Ja-Stimmen

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Sodann ließ **Bürgermeister Jungnitsch** über die vorliegende Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschluss:

- 1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB keine Stellungnahmen abgegeben wurden.**

2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Bebauungsplan Nr. 127 – Otto-von-Hubach-Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 b BauGB wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Nummer 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend den Abwägungsvorschlägen in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt)

8. **Bebauungsplan Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht- im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB**
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
-

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Über die von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 4 a Bas. BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
4. Der Bebauungsplan Nr. 129 – Seniorenwohnanlage Hovergracht - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: Einstimmig

zu 2: Jeweils einstimmig

zu 3: Jeweils einstimmig

zu 4: Einstimmig bei 1 Enthaltung

(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Nummer 1 bis 3 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in den Abwägungstabellen jeweils einzeln abgestimmt)

9. Ergänzungssatzung Wohnanlage Wurmtalstraße hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

Die **CDU-Fraktion** verwies auf die Petition einer Bürgerinitiative und schlug vor, den Beschlusszusatz zu fassen, das Verwaltungsverfahren bis zum Abschluss des Verfahrens vor dem Petitionsausschuss ruhen zu lassen.

Die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** erklärte, sie präferiere, die Beschlussfassung in der Angelegenheit zurückzustellen, da nicht abgesehen werden könne, ob die Entscheidung des Petitionsausschusses Änderungen notwendig mache.

Die **SPD-Fraktion** stimmte dem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zu.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass auch sie sich diesem Vorschlag anschließen könne.

Es bestand Einigkeit, dass gleichsam Tagesordnungspunkt 15.3 „Erschließungsvertrag Ergänzungssatzung Wohnanlage Wurmtalstraße“ zurückgestellt werde.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 9 „Ergänzungssatzung Wohnanlage Wurmtalstraße, hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss“ sowie 15.3 „Erschließungsvertrag Ergänzungssatzung Wohnanlage Wurmtalstraße“ werden bis zum Abschluss des Verfahrens vor dem Petitionsausschuss zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

10. Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem "Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten"

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg unterstützt das Anliegen des Schwimmverbandes NRW und stellt den entsprechenden Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11. Bericht über gesponserte Aktivitäten in Übach-Palenberg im Haushaltsjahr 2019

Die Verwaltung wies auf einen Zuordnungsfehler in den vorliegenden Unterlagen hin. Bei den Spenden seien dem ÜPF zu wenig und dafür der allgemeinen Position zu viel Spenden zugeordnet worden. Der Niederschrift werde als Anlage eine korrigierte Fassung beigelegt.

12. Erweiterungen zur Tagesordnung

12.1 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 28.09.2020 betr. Räumlichkeiten von "Übach-Palenberg Hand in Hand - Flüchtlingshilfeverein e. V."

Die **CDU-Fraktion** erklärte, ihr Antrag sei als reiner Prüfauftrag zu verstehen. Er richte sich nicht gegen die Arbeit des Vereins „Hand in Hand“.

Die **UWG-Fraktion** erklärte, sie unterstütze den Antrag der CDU-Fraktion, bat jedoch vor dem Hintergrund der sinnvollen Arbeit des Vereins um einen sensiblen Umgang mit der Angelegenheit.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, sie wolle in Zusammenarbeit mit dem Vorstand des Vereins „Hand in Hand“ prüfen, inwieweit die Räumlichkeiten noch den Anforderungen des Vereins entsprechen und ggf. alternative Lösungen erarbeiten. Insofern habe sie einen alternativen Antragstext erarbeitet, den sie dem Rat zur Kenntnis gab (der Textvorschlag der SPD-Fraktion ist als Anlage der Niederschrift beigelegt).

Die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** erklärte, sie schätze die Arbeit des Vereins „Hand in Hand“ und unterstütze insoweit den umformulierten Antragstext der SPD-Fraktion.

Auf Antrag der **CDU-Fraktion** unterbrach **Bürgermeister Jungnitsch** die Sitzung für 5 Minuten.

Im Anschluss erklärte die **CDU-Fraktion**, dass sie mehrheitlich an ihrem Antrag festhalte.

Bürgermeister Jungnitsch stellte diesen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beauftragt die Verwaltung zu überprüfen,

- 1. ob die Räumlichkeiten von „Übach-Palenberg Hand in Hand - Flücht-**

lingshilfvereine. V." im derzeitigen Umfang weiterhin benötigt werden und

2. ob und wie ein Integrationstreffpunkt in Übach-Palenberg eingerichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen

13 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

13. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Die **Verwaltung** berichtete über die Kinderbetreuungsangebote in den Herbstferien seitens des Jugendzentrums und der offenen Ganztagschule.

Darüber hinaus verwies sie auf den zurückliegenden Antrag der FDP-USPD-Fraktion betr. Heimatpreis. Die Umsetzung benötige noch etwas Zeit und sei für das kommende Jahr anvisiert.

14. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Die Sitzungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen. Wortmeldungen hierzu ergaben sich nicht.

Anfragen

Anfrage der FDP-USPD-Fraktion:

Vor dem Hintergrund seines Ausscheidens aus dem Rat zum Ende der Wahlperiode bedankte sich Stadtverordneter Mlaker bei Rat und Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion nach dem Umsetzungsstand betr. Maßnahmen zur Schulwegsicherung und zur Geschwindigkeitsreduzierung in der Römerstraße sagte die Verwaltung eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion erklärte die Verwaltung, dass sich die Umsetzung der Fortführung der bestehenden innerstädtischen „Tempo 30 Zone“ ab der Kreuzung Kirchstraße/ Barbarastraße in den Verlauf der Carolus-Magnus-Allee bis zur

Höhe Kreuzung Südstraße/Krähwinkel in Bearbeitung befinde.

Anfrage 3 der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung hatte bereits im Vorfeld darauf verwiesen, dass der Förderantrag im Rahmen des Investitionspaktes Sportstättenförderung für den Bau eines Pumptracks auf dem Spielplatz an der Blumenstraße erst für das kommende Jahr gestellt werden könne, da es derzeit an den notwendigen Haushaltsmitteln für den Eigenanteil und an Personal fehle. Insoweit hatte sich die Anfrage der SPD-Fraktion erledigt.

Anfrage 4 der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion nach dem Sachstand betr. Überprüfung von verkehrsberuhigten Maßnahmen im Bereich Nordring/Wiesenstr. in Richtung Carl-Alexander-Straße sagte die Verwaltung eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage 5 der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion nach dem Sachstand betr. Teilnahme am Sofortprogramm Innenstadt 2020 sagte die Verwaltung eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage 6 der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion nach dem Sachstand betr. den Beschluss zur kommunalen Wohnungsbauförderung erklärte die Verwaltung, dass sich die Angelegenheit in Bearbeitung befinde.

Anfrage 7 der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion nach dem Sachstand Anliegerbeiträge Rathausplatz erklärte die Verwaltung, dass sich die Angelegenheit in der Prüfung befinde.

Anfrage 8 der SPD-Fraktion:

Bezogen auf ihre bereits gestellten Anfragen betr. Verkauf/ Verpachtung einer Bürgersteigfläche an der Paul-Klee-Straße fragte die SPD-Fraktion an, ob beabsichtigt sei, Grundstücke künftig nur bis zum Ende des Baufensters zum Baulandpreis und die übrige Fläche zum Grünflächenpreis zu veräußern und ob es jedem Bürger selbst obliege, den Bürgersteig vor seinem Haus in seinen Besitz zu übernehmen. Die Verwaltung verneinte dies.

Anfrage der CDU-Fraktion:

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erklärte die Verwaltung, dass sie die Möglichkeit einer Unterstellmöglichkeit an den Containern am Carolus-Magnus-Gymnasium für die Pausenzeiten bereits baulich geprüft habe. Ein entsprechender Entscheidungsvorschlag befinde sich in Bearbeitung.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 20.20 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von fünf Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 21.35 Uhr die Sitzung.

Er bedankte sich bei den Mitgliedern des Rates für die konstruktive Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Jungnitsch
Bürgermeister

Feiter
Schriftführerin